UHRMACHERKUNST

VERBANDSZEITUNG DER DEUTSCHEN UHRMACHER

54. JAHRGANG / HALLE (SAALE), 28. JUNI 1929 / Nummer 26

Reichstagung des Zentralverbandes der Deutschen Uhrmacher in Eisenach, 21. bis 26. Juni 1929

Sitzung des Hauptausschusses

In der altehrwürdigen Wartburgstadt Eisenach, der Perle des Thüringer Landes und um diese Jahreszeit ein wahrhaft idealer Tagungsort, versammelten sich die Vertreter des Zentralverbandes der Deutschen Uhrmacher zu ihrer Reichstagung. Den Auftakt der Verhandlungen bildete in herkömmlicher Weise die Sitzung des Hauptausschusses, die am Freitag, dem 21. Juni, im kleinen Saal des „Fürstenhofes" stattfand, also gleichsam an historischer Stätte. Im „Fürstenhof", im gleichen Haus und im gleichen Zimmer, wurde vor einem Jahrzehnt die umfassende Organisation der Deutschen Uhrmacher ins Leben gerufen, der Grundstein gelegt zu einem Bau, der in der Folge festgefügt wurde und als ein eindrucksstarkes Bild der Einheit und Geschlossenheit eines bedeutsamen deutschen Berufsstandes vom Organisationswillen und der Organisationskraft des deutschen Uhrmachergewerbes zeugt.

Die Hauptausschußsitzung war stark besucht. Sie wurde vom Verbandsvorsitzenden Enno Kerckhoff mit herzlichen Begrüßungsworten eröffnet. Der freundliche Willkommengruß galt insbesondere auch dem Ehrenmitglied Bätge und Herrn Dr. Felsing (Berlin), der auf besonderen Wunsch des Vorstandes zur Hauptausschußsitzung gekommen sei, um den Kollegen in verschiedenen schwebenden Fragen seinen Rat zur Verfügung zu stellen. Nach diesen einleitenden Worten fuhr der Vorsitzende fort:

Die Tagung fällt diesmal in eine Zeit wirtschaftlicher Kämpfe und die Gemüter sind durch diese sehr erhitzt. Durch Auslassungen in der Fachpresse ist die Sachlage wohl noch etwas mehr verwirrt worden. Über Erwarten gut und zahlreich sind die Anmeldungen zum Verbandstag, dessen Gesamtprogramm etwas einfacher gestaltet wurde als in früheren Jahren, denn wir sind vor allem zusammengekommen, um zu beraten, was unserem Gewerbe frommt. Das Vergnügungsprogramm werde schön, aber einfach gehalten sein.

Unter den Gegenständen der Ausschußberatungen steht sodann das Verhältnis zu den Fabrikanten und Großhändlern obenan.

Herr Hempel (Breslau) erhebt Einspruch, daß er und Kollege Kraß (Minden) zu der Vorstandssitzung des vorhergegangenen Tages nicht eingeladen worden seien. Dazu bemerkt Vorsitzender Kerckhoff, daß es sich hier nur um ein Mißverständnis handeln müsse, und Verbandsdirektor König teilt mit, daß er Herrn Hempel erklärte, es sei selbstverständlich, daß er (Hempel) bei Punkt „Treurabatt" zu der Sitzung zugezogen werde. Dieser Punkt sei erst später zur Beratung gekommen und Hempel sei trotz wiederholten telephonischen Anrufs in seinem Hotel leider nicht zu erreichen gewesen. Herr Firl (Erfurt) bestätigt ausdrücklich die Darlegungen des Herrn König und betont, eine Absicht, Herrn Hempel von der Sitzung fernzuhalten, habe bestimmt nicht vorgelegen.

Der Vorsitzende gibt nunmehr einen Überblick über die Angelegenheit betreffend

das Verhältnis zu den Fabrikanten und Grossisten.

Die Verhandlungen haben durch das Verhalten des Grossistenverbandes einen etwas unerquicklichen Verlauf genommen, wozu jedoch auch durch die Erörterungen in der Fachpresse beigetragen worden sei. In den Stuttgarter Besprechungen habe sich der Vorstand in keiner Weise gebunden, und man sollte von den Kollegen erwarten, daß sie dem Vorstand Vertrauen schenken. Das Protokoll weise es aus, daß er (Vorsitzender) eine Zusage zu den Abmachungen nicht geben konnte. Der Redner verliest sodann ein Schreiben des Wirtschaftsverbandes der deutschen Uhrenindustrie vom 18. April, das den Passus enthält, der Verband müsse seine Handlungsfreiheit sich vorbehalten.

Dieser Brief, erklärt Herr Kerckhoff, müsse als ein Schlag ins Gesicht bezeichnet werden. (Zustimmung.) Insbesondere der letzte Satz, bezüglich der Ablehnung weiterer Verhandlungen, sei außerordentlich befremdend. Wir vom Zentralverband haben dem Wirtschaftsverband sicher keinen Anlaß dazu gegeben, solch ein Schreiben an uns zu richten. Die Forderungen, die wir in Berlin aufgestellt haben, sind das Mindestmaß dessen, was wir verlangen müssen. Der Vorsitzende teilte weiterhin mit, daß der Vorstand des Zentralverbandes gegen die in dem erwähnten Schreiben bekundete Auffassung des Wirtschaftsverbandes protestierte und bemerkte hierzu gegenüber der Kritik der Breslauer Kollegen, der Wirtschaftsverband habe das Druckmittel: 1000 RM. Konventionalstrafe. Was würden wir im Zentralverband von unseren Mitgliedern zu hören bekommen, wenn auch nur Strafen von 5 RM. beschlossen würden! Es mag sein, daß wir in unseren Veröffentlichungen im Verbandsorgan über

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id318594536-19290100/536